

## **Künftige breite Rentner-Armut zeichnet sich immer deutlicher ab**

(Bericht in der WAMS v. 12.06.11 v. Steffen Fründt, Ileana Grabitz u. Flora Wisdorff)

(SPD-Parteitag im Dezember TV-Berichte und Schreiner-Interview durch Stephan Haselberger9)

Das Beispiel des Schauspielers Horst Janson und seiner Frau, die öffentlich über ihre Pleite im Alter gesprochen hatten (mehrere 100.000 EUR), war Anlass für den Bericht.

**Die Zahl der Senioren, die in eine Armutsfalle geraten, droht in den kommenden Jahren drastisch zu steigen.**

**Nur weil so viele Ältere mit Partnern zusammen leben und ihre Lebenshaltungskosten teilen, ist das Armutsrisiko noch vergleichsweise gering.**

**Die Altersbezüge von Neurentnern in Deutschland sinken bereits und sie dürften auch künftig weiter fallen.**

Am Beispiel eines früher wohlhabenden Hoteldirektors, eines verarmten Mittelständlers aus München, der als Rentner heute von 395.-EUR Grundrente in einem 35m2 großen Appartement leben muss (Miete, Strom, Wasser- und Heizkosten werden von der Kommune getragen), wird erläutert, wie schwer der Absturz in die Armut wiegt, auch wenn der Betroffene scharf rechnen kann und nicht Hunger leidet.

**Diese beiden Beispiele sind keine Einzelfälle**, aber noch hält sich das Risiko für ältere Menschen in Deutschland in Grenzen – laut Creditreform sind derzeit nur 0,8% aller Überschuldeten in D über 60 Jahre alt. Doch das Problem wird zusehends größer.

Binnen Jahresfrist stieg die Zahl der Betagten, die Konkurs anmelden mussten – gegen den allgemeinen Trend – um 6,4% an, laut Auskunftei Bürgel. Auch kleinere Schuldsommen können bei schmalen Rentenansprüchen für die Betroffenen zu einem Riesenproblem werden.

Durch die zunehmend unterbrochenen Erwerbsbiographien bei Massenarbeitslosigkeit und Zeitarbeit sind die Einzahlungen in die Sozialsysteme häufig unterbrochen. Die Phase der meist durchgehenden Beschäftigungen der Nachkriegszeit ist beendet. **Im Ergebnis werden diese veränderten Umstände des Erwerbslebens zu einem künftig stark verschärften Armutsrisiko im Alter führen.** Zusätzlich steigt, gemäß den Beobachtungen von Wolfgang Franz, Vorsitzender des Sachverständigenrates der Bundesregierung, der Anteil der Selbständigen, die nicht in die Rentenkasse einzahlen und sich nur unzureichend privat absichern.

Eine DIW-Untersuchung hat ergeben, dass das Armutsrisiko der Alten in den vergangenen 10 Jahren nicht höher war, als in anderen Altersgruppen, dies aber nur deshalb, weil die über 64-Jährigen heute vermehrt als Paare zusammen wohnen und dadurch besser wirtschaften können, selbst bei schmalen Renten. Anfang der 90er Jahre lebte etwas über 50% in einem Paarhaushalt, heute fast 2/3 der über 64-Jährigen. Das dämpft das Armutsrisiko. (die Armutsschwelle lag 2009 bei 935.-EUR für den Ein-Personenhaushalt)

**2009 erhielten Neurentner schon im Schnitt deutlich weniger Rente als Bestandsrentner, im Schnitt im Westen 150.-EUR und im Osten 220.-EUR weniger. Zum Vergleich. 1999 betrug diese Differenz noch etwa die Hälfte der aktuellen Beträge.**

**Der VdK warnt seit Jahren vor der dramatisch steigenden Altersarmut. Konkrete Lösungsansätze ist die Politik bislang schuldig geblieben, aber das Problem wird inzwischen wenigstens nicht mehr abgeleugnet, wie noch 2009 von der Kanzlerin Merkel.**

Soeben hat die CDU verlauten lassen, dass auch ihre Mitgliedschaft unter 500.000 gesunken ist, besonders in den Neuen Bundesländern gab es viele Austritte. Das ist der niedrigste Wert seit vielen Jahren.

**Der Bundestagswahlkampf 2013 lässt grüßen, wenn Ministerin von der Leyen plötzlich entdeckt, dass „Vermeidung von Altersarmut“ ein wichtiges Thema ist, dessen sie sich persönlich annehmen will.**

Anfang 2012 soll ein Gesetzesvorschlag als Diskussionsgrundlage vorgestellt werden, durch dessen Anwendung Altersarmut vermieden werden soll. Im Gespräch ist, soweit zu erfahren war, eine Mindestrente, die über den Umfang der Grundsicherung hinaus geht. Und bei Selbständigen ist eine verpflichtende Versicherung zur Altersvorsorge vorgesehen, statt riskanter Spekulationen. So soll ein Mindestschutz sicher gestellt werden.

Als neueres Projekt und „Diskussionsbeitrag“ hat die Ministerin die sogenannte „Zuschussrente“ für Frauen vorgestellt, die dafür sorgen soll, dass Frauen, die als Mütter zu Hause die Kindererziehung übernommen haben, anstatt in diesen Jahren voll durch zu Arbeiten, dafür einen Ausgleich bekommen und dass ihnen diese Jahre mit einem hohen Rentenanwartschaftsbetrag zugerechnet werden.

Die Randbedingungen sind jedoch schon wieder so gesetzt, dass nur wenige Mütter in den Genuss dieser Fördermaßnahme kommen werden. Zum Beispiel werden 35 nachgewiesene Pflichtbeitragsjahre in der DRV verlangt und die Einzahlungen in einen Riester-Vorsorgevertrag während der Arbeitsphase, usw. Die Berechtigung zum Empfang solcher Leistungen wird auch vom Jahrgang der Frauen abhängig gemacht. Sie gilt nicht für die Hunderttausende von Müttern, die aus den gleichen Gründen heute bereits mit einer zu niedrigen Rente zu kämpfen haben.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, dass diese Regierung sich mit dieser Maßnahme ein „soziales Mäntelchen“ umhängen will, das möglichst wenig kosten soll.

#### **Fazit:**

alle Regierungen bisher haben ihre Haushalte durch Rentenklau mitfinanziert. Es wird daher nur sehr geringe Neigung geben, die Lage der Rentner wirklich zu verbessern, da die Entscheider für sich exzellente Altersversorgungssysteme geschaffen haben.

Die Äußerungen des Parteivorsitzenden der SPD, Siegmund Gabriel, in der vergangenen Woche, als die SPD-Führung verlauten ließ, dass die SPD nun „wieder da“ sei und bei der Bundestagswahl 2013 auf „Sieg“ setzen werde (Koalitions-Szenario mit den GRÜNEN), zeigen uns deutlich, was von der SPD zum Thema Rente erwartet ist. Die weitere Absenkung des Rentenniveaus in den kommenden Jahren von derzeit noch 53% auf 43% bis 2030, wie dieses die Schröder'sche Rentenreform zum Inhalt hat, wird von Steinmeier, Gabriel, und Steinbrück weiter verteidigt.

Während Ottmar Schreiner, der Vorsitzende der SPD-AG für Arbeitnehmerfragen, auf einen Kurswechsel in der Rentenpolitik pocht und dies auch auf dem Parteitag in der letzten Woche vehement vortrug, redete Siegmund Gabriel als Nachfolgeredner dagegen, unter Hinweis auf mögliche höhere Kosten.

Also: von CDU und FDP haben die Rentner ohnehin nichts zu erwarten, außer Leistungskürzungen bei Rente und Krankenversicherung. Von SPD und den GRÜNEN ist nach den neuesten Aussagen auch nichts zu erwarten, wenn auch Ottmar Schreiner angekündigt hat, dieses Thema auf dem Folgeparteitag zu einem Hauptthema machen zu wollen.

Die aufstrebende Partei der PIRATEN ist zu diesen Themen noch nicht festgelegt und pflegt die offene Diskussion innerhalb ihrer Mitgliedschaft. Von ihr ist am Ehesten noch zu erwarten, dass die absichtlich falschen Angaben zu Beitragseinnahmen und –Ausgaben, die absichtlich verschleierte Geldabzüge des Staates aus den monatlichen Pflichtbeitragseingängen der DRV und die Intransparenz der einzelnen „versicherungsfremden“ Leistungen der DRV und deren Aufwandshöhe endlich ausgeräumt werden können.

Mit ihrer Mitwirkung im Bundestag könnte es auch gelingen, die „Selbstverwaltung“ der DRV wieder zu dem zu machen, was ihr Name verspricht. Der gesetzliche Auftrag der DRV-Selbstverwaltung besteht nämlich darin, für einen sorgsamen Umgang mit den Pflichtbeiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur Gewährung einer stabilen Rente zu sorgen. Heute wird, durch Einflussnahme der Regierungen, die Spitze der DRV mit Leuten besetzt, die nicht demokratisch von Mitgliederversammlungen gewählt wurden. Die beiden großen Volksparteien schieben sich gegenseitig wechselweise die Besetzung zu.

Die derart eingesetzten Spitzenbeamten handeln nach den Wünschen der Regierungen und lassen den hohen Mittelabfluss zur Auffüllung der allgemeinen Staatskasse zu, alleine 2011 wird sich der Gesamtbetrag auf etwa 22 Mrd EUR belaufen und künftig noch steigen.

Volker Fritz